

wirtschaft

MONTAG, 25. OKTOBER 2010

TAGBLATT 24

Mehr Gewicht für aufstrebende Länder im IWF

GYEONGJU. Die Finanzminister der Gruppe der 20 einflussreichsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) haben sich auf eine Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) geeinigt. Europäische Industrieländer wollen Stimmgewicht zugunsten von Schwellenländern wie China abgeben. Damit ist vor dem Weltfinanzgipfel der G-20-Staats- und Regierungschefs von Mitte November in Seoul ein grosser Streitpunkt ausgeräumt.

Europäer geben zwei Sitze preis

Betreffend Reform des IWF sagte dessen Chef Dominique Strauss-Kahn im südkoreanischen Gyeongju, es sei die «grösste Reform» des Währungsfonds. Strauss-Kahn bestätigte, dass die Europäer auf zwei ihrer neun Sitze im IWF-Direktorium verzichten werden. Künftig halten die Europäer damit noch sieben der 24 Sitze. Die Reform soll 2011 in Kraft treten. Die G-20 vertreten 80% der IWF-Stimmrechte. Die Neuordnung der Stimmrechte und Anteile der 187 IWF-Mitgliedstaaten soll das zunehmende Gewicht boomender Schwellenländer wie China in der Weltwirtschaft auch beim IWF spiegeln.

Und der Schweizer Sitz?

Ob der Schweizer Sitz im IWF-Direktorium durch die angekündigte Reform gefährdet ist, sei noch völlig offen, sagte Roland Meier, Sprecher des Eidgenössischen Departementes (EFD). Finanzminister Hans-Rudolf Merz hatte sich vor zwei Wochen zuversichtlich gezeigt, dass die Schweiz mit ihrer Stimmrechtsgruppe auch in Zukunft im Gremium vertreten sei. Zur Schweizer Gruppe gehören Polen, Serbien, Aserbaidschan und die fünf früheren Sowjetrepubliken in Zentralasien. Die Gruppe vereinigt einen Stimmenanteil von 2,92% im IWF auf sich, wobei 1,57% auf die Schweiz entfallen.

Die G-20 wollen zudem einen Abwertungswettbewerb zwischen Währungen verhindern. Globale Ungleichgewichte, welche die wirtschaftliche Erholung bedrohen, sollten reduziert werden. Die G-20 wollten zu «stärker vom Markt bestimmten Wechselkursen kommen». (apa/afp/red.)

In der digitalen Welt daheim

Die Computerwelt wandelt sich immer noch rasant. Zahlreiche Unternehmen sind gekommen und verschwunden. Die Ostschweizer Abacus Research hingegen ist mit ihrer Firmensoftware in den letzten 25 Jahren fortlaufend gewachsen.

THORSTEN FISCHER

WITTENBACH. Ein Vierteljahrhundert ist in der Softwarebranche eine lange Zeit. Die Computer etablierten sich vor 25 Jahren gerade erst in der Arbeitswelt. Rechner für zu Hause waren noch die Ausnahme. Heute sind Computer schneller, platzsparender, und im Innern werkeln neue Technologien. Die Ostschweizer Abacus Research – eine der ersten Softwarefirmen der Schweiz – hat den Wandel in der Bürowelt mitgeprägt. «Heute sind wir mit unserer Business-Software in zahlreichen Branchen vertreten», sagt Thomas Köberl, Geschäftsleitungsmitglied und zuständig fürs Marketing.

Auf Abacus-Produkte greifen schweizweit Klein- und Mittelunternehmen (KMU), Treuhandfirmen, aber auch Gemeinden, Städte, Schulen oder Energieversorger zurück. Die Lohnbuchhaltung kommt auch in Grossbetrieben zum Einsatz. Dabei geht es längst nicht mehr nur um Salärberechnungen oder Finanzbuchhaltungen, sondern um die gesamte Planung von Ressourcen, Auftragseingängen usw. Aktuell sind bei 35 000 Kunden mehr als 76 000 Softwaremodule von Abacus installiert.

Unabhängige Tüftler

Die Geschäftsleitung ist fast immer noch in Originalbesetzung – wie zum Zeitpunkt der Gründung in den 80er-Jahren. Eliano Ramelli, Claudio Hintermann und Thomas Köberl fanden während ihrer HSG-Studienzeit zusammen. Begeistert von der Idee, selbst eine neue Buchhaltungssoftware zu programmieren. In den Anfangsjahren stiess auch der heutige Entwicklungsleiter Daniel Senn dazu. Seit acht Jahren ausserdem in der Geschäftsleitung mit dabei sind Ursula Beutter und Martin Riedener. Die im Lauf der Zeit immer stärker expandierende Firma ist bis heute unabhängig geblieben.

Zu tüfteln angefangen haben die Gründer allerdings nicht in einer Garage – wie es dem gängigen Gründungsmythos in der



Leiten Abacus Research (von links): Daniel Senn, Martin Riedener, Eliano Ramelli, Ursula Beutter, Claudio Hintermann und Thomas Köberl.

Branche entspricht – sondern in ihrer Studentenbude. Es folgte ein kleines Büro im Osten St. Gallens. Mittlerweile arbeiten die 200 Mitarbeitenden an einem eigenen Firmensitz in Wittenbach: Ein kühn geschwungener Glasbau

mit italienischer Handschrift, der auch im kalifornischen Silicon Valley stehen könnte. Seit letztem Jahr besteht zudem eine Tochterfirma in München.

Auch das Arbeitsumfeld am Ostschweizer Hauptsitz erinnert

an internationale Standards. Fürs Personal stehen Fitnesscenter, Bar und Musikraum zur Verfügung. Hinzu kommen zwei öffentlich zugängliche Restaurants – eine Pizzeria sowie ein Gourmetrestaurant mit höheren gastronomischen Weihen.

Hinter alledem steht aber nicht knallhartes, geschäftliches Kalkül. «Eigentlich wollten wir nur unser Umfeld so angenehm wie möglich gestalten», erklärt Claudio Hintermann, der das operative Geschäft leitet. Vorangekommen ist die einstige Studentenfirma meist durch spontane Entschiede und viel kreatives Ausprobieren.

Vernetztes und papierloses Büro

Von Zeit zu Zeit stehen dennoch strategische Weichenstellungen an. Etwa, wenn es darum geht, welche Ideen umgesetzt werden. Laut Finanzchef Eliano

Ramelli kommt die Hälfte der Vorschläge von innen, die andere basiert auf Inputs von Kunden. Mitunter gibt es auch technische Kooperationen wie bei der digitalen Signatur, welche die Echtheit von elektronischen Dokumenten bestätigt. Auf dieser Grundlage konnte eine Software-Version geschaffen werden, die ein vollständig papierloses Büro ermöglicht.

Auch das Phänomen der intensiven digitalen Vernetzung, die immer mehr Lebensbereiche durchdringt, wird bei Abacus sichtbar. In der neusten Produktfamilie müssen Software und Daten nicht mehr lokal installiert werden. Sie sind via Internet von überall her abrufbar. Auch künftig bleibt das frühe Aufspüren von Trends eine Herausforderung: Denn der technologische Fortschritt verläuft noch temporeicher als früher.

Abacus und die Ostschweiz

Den Sitz eines in der Schweiz führenden Software-Unternehmens erwartet man reflexartig eher im Grossraum Zürich. Denn dort ist viel Branchen-Know-how konzentriert. Für die Wittenbacher Abacus ist aber ein Standortwechsel trotz ihrer nationalen Rolle kein Thema. «Unsere Mitarbeitenden wollen bewusst in der Ostschweiz tätig sein», sagt Claudio Hintermann. Rund die

Hälfte der 200 Angestellten arbeitet als Entwickler und Programmierer. Hinzu kommen Fachleute für Support, Marketing und zentrale Dienste.

Probleme, Fachleute zu finden, bestünden nicht, betont Hintermann. Denn Abacus schöpft bei Bedarf aus einem Fachkräftepool rund um den Bodensee. Ein Teil der Mitarbeiter sind denn auch Grenzgänger. (T.F)

JOURNAL

Automarkt Schweiz bleibt in Schwung

Im September sind in der Schweiz 29 790 neue Fahrzeuge in Verkehr gesetzt worden. Das sind 2,9% mehr als im Vorjahresmonat. Autos verzeichneten mit +5,3% den stärksten Zuwachs. Addiert auf die ersten neun Monate 2010 beträgt die Zunahme bei den Autos 10,3% auf 216 917 Neuwagen, wie das Bundesamt für Statistik mitteilte. Zusammen mit anderen Fahrzeugen sind es 299 363, ein Plus von 7,4%. (sda)

Ticketportal kooperiert mit Ticinonline

Das St. Galler Unternehmen Ticketportal stärkt seine Präsenz im Tessin. In Zusammenarbeit mit Ticinonline optimiert der Ticketanbieter ab Sommer 2011 das Angebot in der Südschweiz. Laut Mitteilung setzt Ticinonline künftig auf die Lösungen der St. Galler Ticketing-Spezialisten. Zugleich sollen Veranstalter aus dem Tessin eine bessere Präsenz in der übrigen Schweiz erhalten. (red.)

Detailhandel wütend auf Mastercard

Gegen neue Händlergebühren für das Bezahlen mit Plastikgeld regt sich Widerstand. Die Wettbewerbskommission klärt ab, ob eine Untersuchung gegen Mastercard eröffnet wird.

BERN. Kern des Streits sind zwei Gebühren, die der Konzern Mastercard fürs Bezahlen mit der Debitkarte Maestro erhebt. Wie die Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz auf ihrer Internetseite schreibt, könnten dadurch die Abgaben an Mastercard von total 50 auf 120 Mio. mehr als verdoppelt werden – ohne Mehrwert. In der IG sind etwa Coop, Migros, Manor und Valora vertreten.

Die Wut bei den Detailhändlern ist gross: «Da zockt einer ab», sagte Migros-Chef Herbert Bolliger kürzlich im Schweizer Fernsehen. «Wir lassen uns das nicht gefallen», sekundiert Coop-Chef Hansueli Loosli. Im Notfall könnten sich die Detailhändler auch einen Boykott der Maestro-Karten von Mastercard und ein eigenes System vorstellen. Das Thema der

Gebühren wird auch im Parlament zur Sprache kommen. Der Luzerner FDP-Nationalrat Otto Ineichen will vom Bundesrat wissen, ob nicht staatliche Regeln nötig wären. Für ihn geht es nicht an, dass eine «amerikanische Monopolistin» das «Volkszahlungsmittel» Maestro beliebig verteuere.

«Das ist uns neu»

Mastercard-Sprecher Thorsten Klein sagte auf Anfrage, der von den Detailhändlern genannte Betrag sei dem Unternehmen neu. Die Grundlagen, auf denen er beruhe, seien ihm unbekannt. Mastercard werde dem nachgehen. Zudem werde wohl verschiedenes vermischt. Zum einen gehe es um Interchange-Gebühren. Diese würden zwischen der Bank des Händlers und der Bank fällig, wel-

Ball liegt bei der Weko

Die Detailhändler setzen mit ihrem Anliegen vorerst auf die Politik und die Wettbewerbskommission (Weko). Letztere führt seit Juni eine Vorabklärung zum Fall, wie Olivier Schaller, Vizedirektor des Weko-Sekretariats, sagte. Gibt es Indizien für unzulässige Beschränkungen, würde die Weko eine Untersuchung eröffnen. Ins Rollen gebracht haben den Fall nicht die Detailhändler, sondern SIX Multipay, Betreiber der Kartenterminals. (sda)

che die Karte herausgegeben habe. Die Herausgeber-Bank decke damit ihre Kosten für Ausfallrisiken und Kontobetreuung. Dieses Geld gehe nicht an Mastercard, unterstrich Klein. Als europäischer Sonderfall kenne die Schweiz keine Interchange-Gebühren. Ein Gesuch von Mastercard für ihre Einführung sei aber bei der Weko hängig.

In einen Fonds

Eine weitere Gebühr fliesse an einen Fonds zur Förderung des Karteneinsatzes anstelle von Bargeld. Diese Gebühr werde seit Juli erhoben und fliesse voll in den Markt zurück. Drittens erhebe Mastercard eigene Lizenzgebühren, die aber nicht zur Diskussion stünden. Sie hätten nichts mit den Detailhändlern zu tun. (sda)

UBS-Affäre vor dem Ende

NEW YORK. Das Ende des Steuerstreits der Grossbank UBS mit den USA rückt einen grossen Schritt näher. Die US-Staatsanwaltschaft hat beim Gericht Antrag auf Einstellung der Strafverfolgung der UBS hinsichtlich ihres US-Geschäftes gestellt. Die Bank habe alle ihre Pflichten gemäss dem Abkommen zur Zurückstellung der Strafverfolgung erfüllt und den Vertrag nicht anderweitig gebrochen, schrieb Staatsanwalt John DiCicco an Richter James Cohn in Fort Lauderdale in Florida.

Im Februar 2009 hatte die UBS gestanden, US-Recht gebrochen zu haben, indem nichtlizenzierte Banker in den USA auf Kundentafel gingen und US-Vermögen über ausländische Konten vor den Steuerbehörden verborgen wurden. Die UBS zahlte 780 Mio. \$ Busse, gab das grenzüberschreitende US-Geschäft auf und handigte die geforderten Kontodaten gewisser Kunden aus. (sda)